

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/209

Bonn, den 4. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>"Reichskristallnacht"</u> Das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte	48
2	<u>Tiefschlag</u> CDU-Angriff auf Gesamtdeutsches Ministerium	30
2 - 3	<u>Nagold ...</u> Notwendige Überlegungen	45
4 - 5	<u>Frankfurt war wieder ein Fortschritt</u> Die Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Frauen Von Ursula Harau	69
6	<u>Ausrüstung und Hunger</u> Vereinigung für ein Weltparlament tagte in Genf Von Bruno Kuster, Genf	46

Chefredakteur Günter Markscheffel

Vor 25 Jahren - "Reichskristallnacht"

sp - Den Prolog zum schrecklichsten Kapitel deutscher Geschichte lieferte die Verzweiflungstat eines jungen Juden. Vor genau 25 Jahren, am 7. November 1938, erschoss Herschel Grynszpan, Sohn polnisch-jüdischer Eltern in Hannover, in der deutschen Pariser Botschaft den Legationssekretär von Rath. Diese Tat sollte die Welt aufmerksam machen auf das Schicksal seines Volkes, das damals schon unter vom Dritten Reich verfügten Ausnahmegesetzen stand. Zwei Tage später erging ein geheimes Fernschreiben an alle Stapoleit- und Stapostellen:

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 bis 30 000 Juden im Reich. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtkaktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

Zusatz für Stapo Köln: In der Synagoge Köln befindet sich besonders wichtiges Material. Dies ist durch schnellste Maßnahmen im Benehmen mit SD sofort sicherzustellen.

Gestapo II Müller

Dieses FS ist g e h e i m "

In der Nacht zum 9. November wurden jüdische Geschäfte geplündert, Gotteshäuser brannten, zehntausende jüdischer Männer und Frauen verhaftet, mißhandelt, erschlagen oder in die Konzentrationslager eingeliefert. Wahr, Haß, Raub und industrialisierter Mord feierten düstere Triumphe, ihre Wegspuren reichten in die Jahrhunderte hinein.

Seitdem sind 25 Jahre vergangen. Eine neue deutsche Demokratie ist entstanden; Entsetzt, erschüttert, im Innersten aufgewühlt, blickt eine junge Generation zurück auf das, was vor einem Vierteljahrhundert begann und in einem Meer von Blut endete. Noch heute mag es in unserem Volk einige geben, die es nicht wahrhaben wollen, die ihre Augen verschließen oder es aus der Erinnerung auslöschen. Es sind ihrer wenige nur. Die große Mehrheit verschließt sich nicht mehr der vollen Kenntnisnahme entsetzlicher Verbrechen, sie gehören zu unserer aller Vergangenheit. Schumacher sagte einst, das Ziel, das sich die deutsche Demokratie zu setzen habe, sei, eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern. Dieses Wort fiel auf fruchtbaren Boden. Was dem einen zugefügt wird, kann auch dem anderen geschehen. Millionen unseres Volkes mußten diese grausame Wahrheit an eigenen Leibe erfahren.

Die 25. Wiederkehr des Tages der "Reichskristallnacht" mahnt uns alle zur Binkkehr und zur Besinnung, aber auch zu erhöhter Wachsamkeit, den Staat, unseren Staat, so zu gestalten, daß für Fanatiker und Diktatoren kein Raum mehr vorhanden ist.

Tiefschlag

CDU-Angriff auf Gesamtdeutsches Ministerium

sp - Die "Politisch-Soziale Korrespondenz" hat in der vergangenen Woche einen perfiden Angriff auf das Gesamtdeutsche Ministerium gestartet und damit eine Institution schwer angeschlagen, deren Bedeutung es a l l e n Parteien bisher angeraten sein ließ, seine tatsächliche und symbolische Wirkungsmöglichkeit nicht zu schmälern. Die von einer recht einflussreichen CDU-Gruppe gestützten Korrespondenz meint, solange ein Staatssekretär Thedieck der Spitze des Ministeriums angehört habe, hätte man sicher sein können,

- * "daß an dieser Stelle keine abenteuerliche Politik be-
- * trieben wurde, die sich auf Illusionen gründet, sondern
- * vielmehr eine reale, nüchterne Politik".

Mit anderen Worten: Die Minister Kaiser, Lemmer und Barzel wären Abenteuerer und Illusionen nachgegangen, hätte es nicht während ihrer Amtszeit eine "Korsettstange" Thedieck gegeben. Jetzt, da dieser Mann aus dem Ministerium ausscheidet, könne man nicht sicher sein, ob nicht doch Abenteuer und Illusion die Oberhand gewinnen.

Lassen wir die partei- und gruppenegoistischen Motive beiseite, die eine "Politisch-Soziale Korrespondenz" veranlaßt haben mögen, die der CDU angehörenden früheren Minister auf diese wenig geschmackvolle Weise als bloße Repräsentationsfiguren ohne politische Substanz darzustellen, so erhebt sich - jetzt wirklich im g e s a m t d e u t s c h e n Interesse! - die Frage, ob es sich der neue Bundeskanzler gefallen lassen darf, ein wichtiges Ministerium in Vergangenheit und Zukunft solcherart abgewartet zu sehen.

Wenn der Bundeskanzler seine Parteifreunde, die hinter den Angriff auf das Gesamtdeutsche Ministerium stehen, nicht öffentlich zurechtweist, muß man annehmen, daß er entweder zu schwach dazu ist oder nicht merkt, was die "Politisch-Soziale Korrespondenz" angeht. Ein Schweigen des Bundeskanzlers zu diesem Tiefschlag gegen ein Bundesministerium, wäre gleichbedeutend mit dem Zurückverständnis des Regierungschefs.

+ + +

Nagold ...

Notwendige Überlegungen

sp - Der Tagesbefehl des Generalleutnants H e p p, demzufolge die Fallschirmjäger-Ausbildungskompagnie 6/9 in Nagold aufgelöst wird, ist ein seit langem erwarteter Lichtblick in der Geschichte der jungen deutschen Bundeswehr. Wir haben seinerzeit bewußt zu den Vorgängen in Nagold geschwiegen. Wir wußten, wieviel Material sich bereits in der

ersten Untersuchungsrunde des traurigen Todes des jungen Rekruten Trimborn angesammelt hatte; waren aber trotzdem nicht bereit, Anlaß zu Verallgemeinerungen zu geben, die dem Ansehen der Bundeswehr schaden mußten. Allzuleicht mischen sich bei derartigen Ereignissen ungerufene und unberufene Stimmungsmacher ein, die selbst alle Ursache hätten, ihre eigene Unvollkommenheit zu korrigieren.

Jetzt ist es offiziell und öffentlich ausgesprochen worden, was jeder Offizier, Unteroffizier und Soldat in der Einheit seit langem wußte und was der Bundesverteidigungsminister von Hasse auch hätte wissen müssen, als dieser Nagold besuchte und vor der Fernsehkamera verkündete, er habe "soweit" alles in Ordnung befunden.

Was Generalleutnant Hepp erklärt und getan hat, ehrt ihn nicht nur als Person, sondern auch als einen der höchsten Offiziere der Bundeswehr und damit - hoffentlich! - die Bundeswehr selbst. Wir wissen, daß man während mehrerer Tage überlegte, ob man jetzt noch schweigen dürfe, um, - wie es hieß - nicht "das eigene Nest zu beschmutzen". Hepp setzte sich durch, und dies - wie wir erfahren - auf j e d e Konsequenz hin.

Natürlich werden jetzt alle Beteiligten lauthals verkünden, Hepp habe richtig gehandelt. Aber geruch! die gleichen Leute sollten lieber sagen, warum sie nicht schon die Wahrheit sagten, als Trimborn noch n i c h t gestorben war. Denn v o r dem Tode Trimborns hat es bereits einige Vorfälle in Nagold gegeben, die wenn nicht unbedingt von falsch geführten Rekruten, so jedoch mindestens von den Ausbildern und Offizieren hätten gemeldet werden können und müssen. Sie haben aber das G e g e n t e i l getan! Sie haben Reportern, höheren Offizieren und sogar Beamten der Staatsanwaltschaft gegenüber bereits nachgewiesene Fehler in der Ausbildung zu verschleiern und zu bagatellisieren versucht.

Deshalb erscheint es uns nicht ausreichend, wenn man die unmittelbar Verantwortlichen für die Vorgänge in Nagold vor ein Gericht stellt, ein Disziplinarverfahren gegen sie einleitet, oder sie einfach in andere Einheiten versetzt. Was sich in Nagold ereignete, und vor allem die Art, wie es vorübergehend von W i s s e n d e n verschleiert werden sollte, kann nur dann zum Nutzen des Ansehens der ganzen Bundeswehr geklärt werden, wenn man bei dieser Gelegenheit endlich auch einmal den völlig mißverstandenen Korpsgeist bloßlegt, mit dessen Hilfe Verschleierungen dieser Art ermöglicht werden.

Ein gesunder Korpsgeist ist gut; er gehört zu jeder Gemeinschaft. Dort aber, wo Korpsgeist pervertiert, wo Unrecht verborgen wird, ist Schweigen der schlechteste Dienst, den man einer Gemeinschaft leisten kann.

+ * +

Frankfurt war wieder ein Fortschritt

Die Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Frauen

Von Ursula Hanau

Der große Saal im Frankfurter Dornbusch-Haus erdröhnte von Beifall, als Herbert Wehner, Stellvertretender Vorsitzender der SPD, den Delegierten der sozialdemokratischen Bundesfrauenkonferenz 1963 versicherte, er sehe die vornehmlichste organisatorische Aufgabe darin, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Stimmen der Wählerinnen in größerem Maße als bisher der SPD zugute kämen. Es müsse möglich sein, "die weiblichen Wahlberechtigten aufmerksam auf uns zu machen, ihr Interesse für uns zu wecken und schließlich ihr Vertrauen zu gewinnen".

"Alte Männer isolieren Europa"

Zuvor schon war Herbert Wehner oft von Beifall unterbrochen worden. Seine temperamentvolle Kritik an der verworrenen "Europa-Politik" der Bundesregierung, Adenauers und de Gaulles ("die alten Männer Europas sind dabei, Europa zu isolieren. Die Völker müssen ihre Sache selbst in die Hände nehmen - es kommt auf das Zusammenfügen, nicht auf das Separieren an"), seine sachlichen Klarstellungen zu der den Sozialdemokraten fälschlicherweise zugeschriebenen "Taktik der Unarmung" (in Wirklichkeit wollen wir auf einen großen Streit hinaus, auf einen Streit unter gleichen und gleichberechtigten Partnern, nicht auf einen solchen, bei dem wir von vornherein als ein Unsicherheitsfaktor abqualifiziert werden), hatten viel Zustimmung ausgelöst.

"Neue Möglichkeiten - neue Verantwortlichkeiten"

Wehners Hinweis auf die Notwendigkeit, die Frauen zu politisch aktiveren Staatsbürgern zu machen, stand nicht als einziger dieser Art im Raum der Bundesfrauenkonferenz. Marta Schanzenebach hatte in ihrem Bericht über die Tätigkeit des Frauenbüros beim Parteivorstand festgestellt, daß "die Frau den ihr zukommenden Platz in unserer Gesellschaft noch nicht eingenommen habe". Auch die beiden Referenten der Tagung, Professor Dr. Ludwig Preller und Frau Dr. Marie Sohlen, hatten betont, daß die Frau "sich selbst revolutionieren" müsse, "um ihr Wesen in die Gesellschaft einzubringen" und "daß sich die Masse der Frauen ihrer neuen Möglichkeiten und Verantwortungen auf allen Lebensgebieten voll bewußt zu werden habe".

Die Arbeitsgemeinschaften

Den Teilnehmerinnen an der Bundesfrauenkonferenz muß bescheinigt werden, daß sie hier mit gutem Beispiel vorangegangen sind. In drei Arbeitsgemeinschaften setzte man sich mit dem gegenwärtigen Europa aus politischer und gesellschaftlicher, aus wirtschaftlicher und sozialer sowie aus kultureller Perspektive auseinander.

Es kamen klare Forderungen zustande, gerichtet an die Adresse der Europa-Politiker: Überwindung der Stagnation in der Entwicklung der bestehenden europäischen Gemeinschaften, die Demokratisierung und Weiterentwicklung zur umfassenden europäischen Gemeinschaft und die Bereitschaft zur atlantischen Partnerschaft. Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme (in diesem Zusammenhang wurde energisch dagegen protestiert, daß in der Bundesrepublik noch zu so spätem Zeitpunkt eine Systemänderung in einen Sozialversicherungszweig, der Krankenversicherung, angestrebt werde), bessere Integration der Gastarbeiter, verstärkte Berücksichtigung der Verbraucherinteressen. Erhöhte Förderung der Austauschbesuche von Land zu Land und eine allgemeine Hebung des Bildungsniveaus (9. und 10. Schuljahr, Fremdsprachenpflege)

Ehrung und Gruß der freien Welt

Nicht nur in den Arbeitsbeiträgen der Tagung wurden politische Werte respektablen Gewichtes in Umlauf gesetzt. Anna K a t h a r i n e, Sprecherin der ungarischen Sozialdemokraten, erinnerte in ihrem Grußwort daran, daß die Exilsozialisten immer Rufer der Freiheit bleiben würden und appellierte an ihre deutschen Genossinnen, diesen Ruf nicht zu überhören. Rita C e B r a u n, Vorsitzende des Internationalen Rates sozialdemokratischer Frauen, fand Worte tiefer Bewunderung und warmen Verständnisses für die Menschen in Berlin und für ihre Situation. Ministerpräsident Dr. Georg August Z i n n, der die Konferenz namens der hessischen Landesregierung begrüßte, sprach unumwunden aus, daß es auch heute noch bisweilen den Anschein habe, nur die Sozialdemokratie trete für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, frei von romantischen Vorstellungen.

Im Wissen um den Rang der Tradition des Kampfes um die Gleichberechtigung hatte der Parteivorstand fünfundzwanzig sozialdemokratische Politikerinnen der Jahrgänge 1883 bis 1897 als Ehrengäste zu der Konferenz eingeladen. Ihnen, die "ein Leben im Dienst für Freiheit und soziale Gerechtigkeit" vollbracht haben - so hieß es auf der ihnen gewidmeten Urkunde - wurde eine Ehrung zuteil.

Positive Bilanz

Das Gesamtbild der Frankfurter Konferenz? Wir möchten behaupten, daß im Dornbusch-Haus eigentlich keine "Frauen-Konferenz" stattgefunden hat, es war vielmehr eine Arbeitstagung über europäische Probleme. Probleme, die jedermann gleichermaßen angehen, Männer und Frauen. Damit ist ein überaus begrüßenswerter Nachweis erbracht: Die sozialdemokratische "Frauen"-Politik wird nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern sie ist denen, die sich ihr verschrieben haben, nicht mehr als ein Weg, auf dem die Frauen an die aktive politische Mitarbeit innerhalb der Gesellschaft schlechthin herangeführt werden. Kein Zweifel: Die Sozialdemokratinnen haben dieses Klassenziel längst erreicht.

Abrüstung und Hunger

Vereinigung für ein Weltparlament tagte in Genf

Von Bruno Kuster, Genf

Man kann nicht den Hunger aus der Welt schaffen und gleichzeitig den Rüstungswettkampf fortsetzen. Das ist der Eindruck, den eine von der Vereinigung für ein Weltparlament in Genf abgehaltene Konferenz, die von Lord S i l k i n präsiert wurde, hinterläßt. Für den brasilianischen Professor und Botschafter Josué de Castro, der durch seine "Geographie des Hungers" weltberühmt wurde, ist der Hunger vielleicht die noch größere Gefahr als die H-Bombe, die wenigstens vorläufig noch von wenigen kontrolliert werden kann. Die rund 120 Milliarden Dollar, die in der Welt jährlich für Rüstungszwecke ausgegeben werden, fehlen bei der Bekämpfung des Hungers, der nur der physiologische Ausdruck der Unterentwicklung ist. Der zehnte Teil dieser Summe sollte in den Entwicklungsländern produktiv investiert werden können, um ihnen den Start in das Industriezeitalter zu ermöglichen. Es besteht keine Aussicht, diese gewaltigen Mitteln beschaffen zu können, solange der Rüstungswettkampf mehr verschlingt, als sich selbst die reichsten Länder leisten können.

Abrüstung - eine absolute Notwendigkeit

Dem Sozialisten Jules M o c h, der Frankreich während langer Jahre an den Abrüstungskonferenzen vertrat, kann nicht der Vorwurf gemacht werden, sich in utopischen Träumereien zu verlieren. Mit "Vorstandesmäßigen Optimismus" bezeichnet er jedoch die allgemeine und vollständige Abrüstung als absolute Notwendigkeit, die auch von den Großmächten grundsätzlich anerkannt wird. Moch bedauert lebhaft, daß sich Frankreich seit einiger Zeit von den Abrüstungsverhandlungen fernhält und den Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Atomversuche bisher nicht beigetreten ist. Auch der jüngsten Verständigung über das Verbot, Atomwaffen im Weltraum einzusetzen, mißt er große Bedeutung zu.

Warum, fragt Moch, fährt man fort, gigantische Mittel für Waffen auszugeben, die niemand einzusetzen wagt, während gleichzeitig die Mehrheit der Menschheit hungert? Aus Angst und aus Trägheit. Aber das geistige und politische Beharrungsvermögen sei keine Lösung. Man müsse den Mut zu beiderseitig annehmbaren Teilkompromissen aufbringen.

Einige Grundwahrheiten

Als Zusammenfassung der Debatten und gewissermaßen als Quintessenz einer reichen Lebenserfahrung erinnerte der ehemalige britische Premierminister Clement A t t l e e an einige elementare Grundwahrheiten: Erstens wollen wir alle nicht von der Bombe getötet werden; und zweitens wollen wir essen, um überleben zu können. Eine Weltautorität ist notwendig, damit die Menschen diese ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen können. Im übrigen aber wollen die Menschen ihr Leben auf verschiedene Art einrichten. Die Verschiedenartigkeit findet ihr notwendiges Gegenstück in der Toleranz - dem wirklichen Problem unserer Zeit. Nur die Toleranz, mahnte Viscount Attlee mit leister Greisenstimme, erlaubt der Menschheit Fortschritte.

Das ist das Vermächtnis eines Mannes, der selbst im Brennpunkt unerbittlicher Leidenschaften und machtpolitischen Ringens stand. Es enthält keine dröhnenden Ideale, sondern fast alltägliche Selbstverständlichkeiten, die allein dem menschlichen Handeln im Atomzeitalter Sinn und Rechtfertigung verleihen.

+ + +